

Berlin, 4. Januar 2018

Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

Deutschland fährt auf Verschleiß. Eine neue Regierung muss dringend Wege beschreiten, um endlich wieder zu einer gerechten und auskömmlichen Steuerpolitik zurückfinden.

Allen Jubelmeldungen über sprudelnde Steuerquellen und Rekordüberschüssen zum Trotz werden vielerorts die Ausgaben für Kultur, Bildung und Soziales über die Schmerzgrenze hinaus zusammengestrichen. Dem enormen privaten Reichtum in Deutschland steht eine massive öffentliche Armut gegenüber, die in immer mehr Kommunen deutlich sichtbar wird.

Ein Sozialstaat, der alle mitnimmt und keinen zurücklässt, ist nicht zum Nulltarif zu haben. Zu vieles stand im letzten Koalitionsvertrag unter Finanzierungsvorbehalt. Selbst gut gemeinte Ansätze blieben unter dem Diktum der „Schwarzen Null“ unterfinanziert und letztlich kaum mehr als Tropfen auf dem heißen Stein.

Die Politik der letzten vier Jahre hat – wie Umfragen ganz eindeutig zeigen – nicht dazu geführt, dass die Menschen den Eindruck gewonnen hätten, der Handlungsdruck des Staates bei sozialen Investitionen und sozialem Engagement hätte abgenommen. Im Gegenteil: Die ganz breite Mehrheit der Bevölkerung will einen Kurswechsel in der Steuerpolitik, damit der Staat seinen drängenden sozialpolitischen und bildungspolitischen Aufgaben nachkommen kann.

Die Menschen haben den Blick auf die bitteren Realitäten in dieser Republik nicht verloren: Immer mehr Menschen, die in Altersarmut zu fallen drohen, wenn politisch nicht gegengesteuert wird, Millionen von Kindern und Jugendlichen in Einkommensarmut, abgehängt in Hartz IV. Lehrermangel, Erziehermangel, Mangel an Pflegekräften und schließlich vielerorts massive Einschränkungen, was kommunale Einrichtungen und Angebote von Vereinen und Verbänden angeht, Bibliotheken, deren Buchbestand immer dünner wird oder die gleich ganz geschlossen werden, Kürzungen und Einsparungen bei Schwimmbädern, Kulturangeboten, Jugendzentren und Altenclubs. Das ist vielerorts die bittere Realität in vielen deutschen Kommunen.

Wir können uns als Gesellschaft keine armutspolitische Stagnation und infrastrukturelle Unterfinanzierung leisten.

Deshalb fordern wir:

- Eine solidarische Steuerpolitik, die Reiche stärker zur Verantwortung für dieses Gemeinwesen heranzieht. Dazu gehört die Einführung einer Vermögensteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer und der Erbschaftsteuer.
- Eine bessere Ausstattung der sozialen und kulturellen Dienste und Einrichtungen in den Kommunen sowie eine bessere Förderung von sozialen Initiativen und Vereinen.
- Einen Masterplan zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit in Deutschland

Wer es ernst meint mit sozialer Sicherheit, einer wirkungsvollen Wohnungspolitik, einer guten Politik der Alterssicherung, einer Arbeitsmarktpolitik, die alle mitnimmt, und einer Bildungspolitik, die niemanden zurücklässt, kommt um die Verteilungsfrage nicht herum: Ohne eine entsprechende solidarische Steuer- und Finanzpolitik ist eine solche Politik nicht machbar.

Mit freundlichen Grüßen

für das Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
Der Paritätische Gesamtverband
Vorsitzender

Dr. Ulrich Schneider
Der Paritätische Gesamtverband
Hauptgeschäftsführer

